

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für Wirtschaft und
Abgaben
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
wak.cer@pd.admin.ch

24. Februar 2016

Medienkonferenz vom 24. Februar 2016

15.049 Unternehmenssteuerreformgesetz III

Die Kommission ist bereits an der Sitzung vom 18./19. Januar mit **16 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltung** auf die Vorlage eingetreten.

In der Gesamtabstimmung hat die Kommission die Vorlage mit **18 zu 6 Stimmen** angenommen.

Informationen zu Themenbereichen:

1. Teilbesteuerung von Dividenden

Die Kommission beantragt mit 19 zu 6 Stimmen beim geltenden Recht zu bleiben und lehnt den Vorschlag des Bundesrates (70%) und die Vollbesteuerung ab.
(Art. 18b Abs.1, 20 Abs. 1bis DBG / Art. 7 Abs. 1 und Art. 8 Abs 2quinquies StHG)

2. Patentbox

Mit 19 zu 6 Stimmen befürwortet die Kommission, die Patentbox nicht bei 90% Ermässigung zu beschränken (gemäss BR/SR), sondern die Ermässigung den Kantonen offen zu lassen. (Art. 24a Abs. 1 StHG)

3. Inputförderung

Die Kommission nimmt einen Antrag mit 19 zu 6 an, welcher keine Beschränkung der fakultativen Inputförderung vorsieht. (Art. 25a Abs.1 StHG)
Mit 14 zu 11 Stimmen möchte sie auch Forschungsaufwendungen im Ausland zum Abzug zulassen. (Art. 25a Abs.2 StHG)

4. Zinsbereinigte Gewinnsteuer

Die Kommission nimmt einen Antrag zur Einführung der zinsbereinigten Gewinnsteuer mit 18 zu 6 an. (Art. 59 DBG/ Art. 25 StHG).

5. Begrenzung der Entlastungen

Mit 23 zu 2 Stimmen hat die Kommission einer Begrenzung der steuerlichen Ermässigungen durch die drei Instrumente Patentbox, Inputförderung und zinsbereinigte Gewinnsteuer bei 80% zugestimmt. Die Kantone könnten auch eine tiefere Grenze beschliessen.



6. Emissionsabgabe

Die Kommission möchte die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital in einer separaten Vorlage behandeln. Dazu hat sie mit 18 zu 1 Stimmen bei 5 Enthaltungen der Trennung der USR III in zwei Erlassentwürfe zugestimmt. In dieser zweiten Vorlage befürwortet sie die Abschaffung der Stempelsteuer auf Eigenkapital mit 15 zu 6 bei 4 Enthaltungen.

(Art.1 – 36, Bundesgesetz über die Stempelabgaben)

7. Tonnage Tax (Konzept)

Die Kommission nimmt einen Antrag zur Einführung einer Tonnage Tax mit 17 zu 7 bei einer Enthaltung an.

8. Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer

Die Kommission stimmt mit 15 zu 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen dem Bundesrat zu und will den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer bei 20.5% festlegen. Anträge für einen Kantonsanteil von 21.2% und 21.9% wurden abgelehnt.

(Art. 196 Abs. 1 DBG)

9. Ressourcenausgleich

Einige Firmen möchten vor der Abschaffung des kantonalen Steuerstatus diesen freiwillig aufgeben. Damit diese Statusänderungen keine unfaire Auswirkungen auf den Ressourcenausgleich haben, hat die Kommission mit 18 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung einer entsprechenden Bestimmung zugestimmt. (Art. 23a Abs. 1 FiLaG)

10. Kapitalgewinnsteuer

Anträge zur Einführung einer Kapitalgewinnsteuer wurden klar abgelehnt mit 19 zu 6 Stimmen (Minderheit für die Einführung)

11. Finanzielle Auswirkungen (siehe Zusatzdokument)

Die Kommission hat am 22. und 23. Februar 2016 unter dem Vorsitz von Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP, BL) und in Anwesenheit von Bundesrates Ueli Maurer in Bern getagt.

Auskünfte

Susanne Leutenegger Oberholzer, Präsidentin der Kommission, Tel. 079 673 01 03
Katrín Marti, Kommissionssekretärin, Tel. 058 322 94 72